

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Heftung durch die Post 2,30 RM., bei Vorbestellung halbjährlich 12 RM., jährlich 24 RM. (Postgebühren eingeschlossen).
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und anfernter Abnehmer zu jeder Zeit bezogen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeschlagener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Wochenspaltige Reklamen werden nach Möglichkeit bis zum 1. Oktober d. J. angenommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen über. wie keine Garantie. Jeder Reklamationsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Ang. nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 256 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 3. November 1930

Gute Beispiele.

Man hat immer geglaubt, daß das Bestreich England seine Minister und hohen Beamten nicht bloß auskömmlich, sondern — etwa an deutschen Verhältnissen gemessen — sehr gut bezahle. Aber das ist ein Irrtum. Der jetzige englische Ministerpräsident Macdonald wenigstens hat beweglich geklagt darüber, daß er mit seinem Gehalt ganz und gar nicht auskomme, daß seine Dienstwohnung ein baufälliges Haus sei, — kurz: seine Beschwerden hatten auf das Parlament einen so tiefen Eindruck gemacht, daß man ihm schließlich das Gehalt von 100 000 auf 140 000 Mark aufbesserte.

Er bekommt damit mehr als das Dreifache seines deutschen Kollegen, der jetzt bereits auf 20 Prozent seines bisherigen Gehalts verzichtet hat, gerade so wie die Minister seines Kabinetts. Infolgedessen wurden auch die „Aufwandsentschädigungen“ — auf deutsch: Diäten — der Reichstagsabgeordneten heruntergesetzt; denn der Abgeordnete erhielt und erhält als Diäten ein Viertel des Ministergehältes, jetzt also 600 Mark monatlich gegen früher 750 Mark. Allerdings ist hier das letzte Wort noch nicht gesprochen, da man in einem neuen Diätengesetz die ganze Frage von Grund aus neu regeln, dabei sich vor allen Dingen mit dem Preussischen Landtag ins Benehmen setzen will, wo die Abgeordneten dieselben Bezüge erhalten wie im Reichstag. Infolgedessen ist die Gesamtsumme der Aufwandsentschädigungen — die übrigens einem Steuerabzug nicht unterliegen — gegen das Vorjahr heruntergegangen, obwohl ja die Zahl der Abgeordneten um 83 gestiegen ist. Allerdings hat sich dies auf einer anderen Seite finanziell ungünstig ausgewirkt, da für die Abgeltung der Freifahrten auf der Reichsbahn natürlich mehr bezahlt werden muß; hierfür erhält diese jetzt 1,5 Millionen. Wobei übrigens noch hinzugefügt werden darf, daß die Reichstagsabgeordneten in bestimmten Fällen „Freifläge“ in den Flugzeugen der Deutschen Luftwaffe machen können, und auch hierfür ist im Haushalt des Reichstages eine bestimmte Summe vorgesehen. Von den geplanten neuen Anbauten des Reichstages ist es allerdings ganz still geworden.

Kraft genau auf ein Drittel dessen, was Englands Ministerpräsident als Gehalt bezieht, ist jetzt auch das Gehalt des Deutschen Reichspräsidenten heruntergesetzt worden; statt der bisher 60 000 Mark erhält er nur 48 000 Mark. Ebenso sind ja die Aufwandsentschädigungen vom Reichspräsidenten über den Reichskanzler bis zum letzten Minister gleichfalls beträchtlich gekürzt worden, ferner die „Fonds zu besonderer Verwendung“, über die der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und das Kabinett verfügen. Und schließlich dürfte von diesem Schicksal auch noch der Zwei-Millionen-Fonds des Reichspräsidenten betroffen werden, der — unter Verantwortung des Reichsfinanzministers — zu besonderen Spenden zwecks Verrückung augenblicklicher Not dient; allein schon über die Hälfte dieses Fonds wird zur Unterstützung notwendiger Kriegsober- oder Kriegshinterbliebener verwendet, und aus ihm erfolgten z. B. auch die Spenden des Reichspräsidenten anlässlich der Grubenkatastrophen. Auch der Reichskanzler verfügt über einen derartigen Sonderfonds, allerdings betrug er bisher 200 000 Mark, und man hat diesen gleichfalls um zehn Prozent heruntergesetzt.

Weiter wird man den Millionenapparat der Reichszentrale für Heimatländerei stark einschränken, die allmählich das Reich mit einem Netz von Vortragsorganisationen überzogen hatte, seit 1927 nicht mehr dem Innenministerium, sondern der Reichskanzlei, also dem Reichskanzler direkt, unterstand. Weiter ist sehr bemerkenswert, daß ein sechzig Jahre altes bayerisches „Reservatrecht“ jetzt aufgehoben werden soll; es ist die Gesandtschaft des Reiches in München, die durch den neuen Reichshaushalt befristet, tatsächlich aber schon jetzt abgebaut wird. Eigentlich heißt der Leiter dieser Gesandtschaft „Vertreter der Reichsregierung“ — und hier mag bemerkt werden, daß in München auch drei deutsche Länder ihre „außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister“ haben, nämlich Preußen, Sachsen und Baden, und andererseits sind wieder bei Preußen 15 deutsche Länder durch derartige „Gesandte“ vertreten, auch beim Reich 12 Landesvertreter akkreditiert, die allerdings gleichzeitig noch Bevollmächtigte zum Reichsrat sind! Ob diese Behörden wirklich so notwendig sind in einer Zeit, da Einschränkung des Verwaltungsapparates und Kostenersparnis gerade von den Spitzen der Behörden in Reich und Ländern gepredigt wird, scheint in den Augen des Steuerzahlers doch einigermaßen zweifelhaft zu sein, und wenn das Reich hier mit gutem Beispiel vorangeht durch Befristung einer solchen innen-deutschen Gesandtschaft, dann könnten und müßten auch die Länder dem mit aller Energie nachzusehen.

Vertreter des deutschen Ostens beim Außenminister.

Berlin. Reichsaussenminister Dr. Curtius empfing eine Abordnung des zurzeit in Berlin tagenden Gesamtvorstandes des Reichsverbandes der heimatländerei Ost- und Westpreußen sowie der Spitzenorganisation der Memelländer im Reich. In der Besprechung wurden eingehend die besonderen Wünsche und Sorgen des deutschen Ostens sowie die Ziele und Maßnahmen der Reichsregierung zur Änderung der unerträglichen Lage erörtert.

Dr. Brüning spricht vor dem Reichsrat

Die Gesekentwürfe der Regierung.

Der Ministerbesuch in Sachsen.

Die Einbringung des Reformprogramms der Regierung im Reichsrat erfolgt wie bei den Beratungsvorarbeiten im Sommer dieses Jahres wieder in einer öffentlichen Vollsitzung des Reichsrats, die am Dienstag stattfindet. Wegen des zu erwartenden Andranges wird die Sitzung auch diesmal im Saal des Haushaltungsausschusses des Reichstages abgehalten. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Einbringung der zur Durchführung des Wirtschafts- und Finanzplans erforderlichen Gesekentwürfe durch die Reichsregierung. Wahrscheinlich wird Reichskanzler Dr. Brüning selbst über die allgemeine Lage sprechen. Die einzelnen Entwürfe begründet Minister Dietrich. Anschließend soll eine Aussprache über den Arbeitsplan des Reichsrats zur Beratung der einzelnen Gesekentwürfe stattfinden.

Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister trafen in Dresden zum Besuch der sächsischen Regierung ein. In ihrer Begleitung befanden sich Staatssekretär Dr. Pünher, Ministerialdirektor Dr. Jarben, Ministerialrat Vogel und der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer. Sie wurden am dem Bahnhof Dresden-Neustadt vom Ministerpräsidenten Schied, Finanzminister Dr. Hedrich und dem Leiter der Staatskanzlei Dr. Schettler empfangen. Vom Bahnhof begaben sich die Herren in das Gesamtministerium, wo sie empfangen wurden. Im Anschluß daran wurde in die sachlichen Beratungen eingetreten.

Die Besprechungen zwischen Reichsregierung und sächsischer Regierung.

Dresden, 1. November. Die am Sonnabend vormittag abgehaltenen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung wurden damit eingeleitet, daß Ministerpräsident Schied eingehend die sächsischen Schwierigkeiten und Nöte darlegte. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dietrich führten aus, daß es nach der Gesamtlage nur darauf ankomme, das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu festigen. In diesem Sinne sei der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung als ein-

heitliches Ganzes zu würdigen. Beschlüsse wurden naturgemäß nicht gefaßt, vielmehr diente die Aussprache einem vertraulichen Gedankenaustausch über die wichtigsten Probleme dieses Reformplanes, dessen Einzelberatung im Reichsrat bekanntlich für Anfang nächster Woche bevorsteht. Selbstverständlich wurde hierbei auch das Reparationsproblem besprochen. Hierbei trug Ministerpräsident Schied unter Bezugnahme auf den unlängst ergangenen Beschluß des sächsischen Landtags den Wunsch vor, sobald als möglich zu einer Revision der deutschen Tributverpflichtungen zu gelangen.

Kürzungen beim Auswärtigen Amt.

4 1/2 Millionen Mark Ersparnisse.

Nach dem Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes sind die fortdauernden Ausgaben für das Jahr 1931 um rund 4,4 Millionen Mark gesenkt worden. Diese durch die Finanzlage des Reiches veranlaßte Ausgabenminderung hat nur durch eine starke Kürzung der Auslandsbezüge, insbesondere der Aufwandsentschädigungen, sowie Herabsetzung des Beihilfensatzes für die Beamten im Ausland erreicht werden können.

Ein Ausbau der deutschen Vertretungen im Auslande ist für das Jahr 1931 nicht vorgesehen. Demgemäß findet sich im Haushaltsplan auch nicht der Antrag des Reichsaussenministers, die Gesandtschaften in den südamerikanischen Ab-Staaten in Vorkasernen umzuwandeln.

Einschneidende Kürzungen sind bei den Fonds des Auswärtigen Amtes vorgenommen worden. Der Geheimfonds in Höhe von 4,5 Millionen Mark ist zwar unangefastet, aber der Fonds zur Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Auslande ist um mehr als eine halbe Million und der Fonds zur Pflege des deutschen Schulwesens im Auslande um eine Viertelmillion gekürzt worden.

Unter den einmaligen Ausgaben werden nur Mittel zur Fortführung zweier bereits begonnener Bauten angefordert, und zwar ein Beitrag zur Errichtung eines Wohn- und Kanztelgebäudes für die Gesandtschaft in Adis Abeba und für die Herrichtung des Gesandtschaftsgebäudes in Wien.

Die neue Krisenfürsorge.

Prüfung der Bedürftigkeit.

Unter Aufhebung aller bisher für die Krisenunterstützung geltenden Bestimmungen hat der Reichsarbeitsminister die Bestimmungen über Krisenfürsorge für Arbeitslose mit Wirkung vom 3. November ab neu geregelt, und zwar sind vom genannten Tage ab sämtliche Verufe einsehl. landwirtschaftliche Angehörige, aber mit Ausnahme der übrigen Angehörigen der Landwirtschaft, der häuslichen Dienste und der Arbeitslosen unter 21 Jahren zugelassen. Die Krisenunterstützung ist nur zu gewähren, soweit der Arbeitslose bedürftig ist.

Das Einkommen des Arbeitslosen aus Gelegenheitsarbeit ist auf die Unterstützung voll anzurechnen, soweit es in einer Kalenderwoche 20 Prozent desjenigen Betrages übersteigt, den der Arbeitslose in der Kalenderwoche einschließlich der Familienzuschläge höchstens beziehen kann.

Das Einkommen der Angehörigen bleibt bis zu 20 Mark in der Kalenderwoche von der Anrechnung frei. Der Betrag von 20 Mark erhöht sich für jede Person, die der Arbeitslose auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält, um je weitere 10 Mark.

Die Dauer der Krisenfürsorge beträgt nur noch 32 Wochen.

Unter allen Umständen sind die Krisenunterstützungsempfänger zu einer Arbeitsleistung verpflichtet und ein Berufsschutz kommt unter keinen Umständen in Frage.

Amerikanische Stimmen für Reparationslenkung.

Eine Untersuchung des Reparationsproblems durch Marcus Madler, den Leiter der Forschungsabteilung des Instituts für internationale Finanzwirtschaft, veröffentlicht das angesehenste Newyorker Handelsblatt. Der Verfasser geht von der Feststellung aus, daß Deutschland bis Ende 1928 die Zahlungen ausschließlich durch Auslandsanleihen bestritten hat. Seitdem sehe sich das Reich gezwungen, den Export zu erweitern und den Import gewaltsam niedrig zu halten, was die Lebenshaltung der Volksmassen herabgesetzt habe, gleichzeitig aber verhängnisvoll auf die Wirtschaftslage ganz Europas zurückwirkte. Hinzukomme, daß die Reparationszahlungen größtenteils Amerika und Frankreich zufließen, während also, die eine enorme ungenutzte Kaufkraft zu verzeichnen hätten. Ein Rotorium könne nur vorübergehend Erleichterung schaffen, da ja die Schuldner bei der Wieder-

aufnahme der Vollzahlungen die gleichen unüberwindlichen Schwierigkeiten vorfinden.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Vant- und Währungsweisen des Repräsentantenhauses, Mac Fadden, spricht in einer Newyorker Zeitschrift die Befürchtung aus, daß eine etwaige Nichterfüllung der deutschen Reparationsleistungen zu kriegerischen Entwicklungen in Europa führen könnte. Amerika müsse sich fragen, ob es lieber seine Schuldenerfordernisse aufgeben oder die Alliierten bei der Eintreibung der Zahlungen unterstützen solle. Er glaube, daß Amerika in nicht allzu ferne Zeit gezwungen sein werde, die Revision der Schuldenabkommen in Angriff zu nehmen.

Dr. Schacht für einen „finanziellen Völkerverbund“.

Vor den Studenten der Universität in Minneapolis behandelte der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Weltkrise. Dabei unterstrich er erneut, daß allein eine Herabsetzung der Reparationslasten den Druck, der auf der Weltwirtschaft liege, beseitigen könne. Er legte sich für die Schaffung eines „finanziellen Völkerverbundes“ ein, dessen Aufgabe es wäre, brachliegende Kapitalien zur Steigerung des allgemeinen Wohlstandes und der Lebenshaltung sowie zur Verringerung des internationalen Arbeitsmarktes anzulegen.

Die Welt leidet unter den Tribut.

„Corriere della Sera“ fordert Revision des Youngplanes.

Rom, 2. November. Unter der Ueberschrift „Kriegsschulden und Reparationsfrage“ tritt der Mailänder „Corriere della Sera“ für eine weitgehende Revision des Youngplanes ein. Die Illusion, die der Youngplan hervorgerufen habe, sei, so führt das Blatt aus, von kurzer Dauer gewesen. Die wirtschaftlichen und politischen Faktoren haben eine Lage geschaffen, die mehr als je mit aller Deutlichkeit

die Belastung aus den Friedensverträgen als den hauptsächlichsten Störungsfaktor für Wirtschaft und Politik erkennen lasse. Diese Erkenntnis sei in rostem Wachsen. Wenn auch die Entwicklung des neuen Ringens, das Deutschland auf sich genommen habe, noch nicht voraussehen sei, so dürfe man doch annehmen, daß durch diesen neuen Kampf die Lenker der Staaten dazu veranlaßt werden, das Problem von höherer Warte als bisher zu betrachten. Im Youngplan sei alles ausgeklügelt und abgewogen worden. Trotzdem habe man das Gefühl, daß etwas nicht in Ordnung sei, daß nicht nur Deutschland, sondern die Welt unter diesem unheilvollen System von Schulden und Guthaben leide.